



Evangelische Arbeitnehmerschaft im
Bereich der Ev. Landeskirche in Baden e.V.

Info



KIRCHLICHER DIENST IN DER ARBEITSWELT
DER EVANGELISCHEN LANDESKIRCHE IN BADEN

Informationsbrief Evangelische Arbeitnehmerschaft Baden e.V. - Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt
Nr. 1/2011 - Monat März 2011

"Beten für Japan"

(14.03.2011) Mit Entsetzen vor den zerstörerischen Naturgewalten und der atomaren Bedrohung und mit tiefem Mitgefühl für die betroffenen Menschen im Katastrophengebiet verfolgen wir in diesen Tagen die Nachrichten aus Japan. Noch kennen wir die unabschätzbaren Folgen des Erdbebens, des Tsunami und des Versagens der Atomkraftwerke an der Ostküste Japans nicht – wir beten für die geschockten, verängstigten und trauernden Menschen.

In Japan gehören circa ein Prozent der Bevölkerung einer christlichen Kirche an, davon 200.000 zur Vereinigten Kirche Christi in Japan, mit der die evangelische Landeskirche in Baden im Internationalen Missionsrat des EMS verbunden ist.

Diese Kirche, in der japanischen Abkürzung Kyodan genannt ist in sozialen Fragen wie Flucht und Migration aktiv und erfahren.

Der Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen in Genf, Pfarrer Dr. Olav Fykse Tveit, hat alle Kirchen in der Welt aufgerufen, für die Menschen in Japan zu beten:

Er sagte: „Wir sind tief geschockt und zittern, denn wir erkennen, wie verletzlich wir als Menschen sind. Unser tiefes Mitgefühl gilt den Opfern dieser Katastrophe, ihren Familien und allen, die Angehörige verloren haben oder sie vermissen sowie allen, die ihr Haus und alles, was sie besaßen verloren haben...“

Wir rufen zur Hilfe auf und beten für alle, die die schwere Aufgabe auf sich nehmen, im Katastrophengebiet zu helfen. Wir beten für alle, die bereit sind, den Opfern zu helfen. Wir vertrauen darauf, dass die

Kirchen in der ganzen Welt ihre Solidarität zeigen werden und dass die christlichen Hilfswerke alle verfügbaren Mittel nutzen werden um denen, die das größte Leid tragen, zu helfen.

Wir rufen alle Kirchen in der Welt auf für die Menschen, die durch diese schrecklichen Ereignisse getroffen werden, zu beten. Wir beten zu Gott durch Jesus Christus, der sich in Erbarmen und Mitgefühl allen leidenden Menschen zugewandt hat und wir bitten, dass er in dieser Zeit von Zerstörung, Verzweiflung und Tod Leben rettet und erneuert.“

Die Diakonie Katastrophenhilfe bittet um Spenden, damit den Notleidenden auch durch die christlichen Hilfswerke in Japan geholfen werden kann.

(Kirchenrätin Susanne Labsch, Abt. Mission und Ökumene im Evangelischen Oberkirchenrat)

Karlsruhe Landesbischof Ulrich Fischer hat zum Gebet für die Menschen in Japan aufgerufen und sein Mitgefühl mit den Opfern zum Ausdruck gebracht. "Wir denken mit Trauer an die Menschen, die ihr Leben verloren haben, und hoffen mit denen, die ihre Lieben vermissen."

Fischer sagte weiter: "Wir beten für diejenigen, die ihre Existenz und ihre Hoffnung verloren haben und bitten um Kraft und Besonnenheit für diejenigen, die vor Ort helfen und wichtige Entscheidungen treffen müssen."

Das ungeheure Ausmaß der Zerstörung durch Erdbeben und Tsunami zeige einmal mehr die Verletzlichkeit des Menschen angesichts der Naturgewalten.

Die nukleare Bedrohung durch die schwer beschädigten AKW im Nordosten Japans führe der Welt zudem auf dramatische Art und Weise die grundsätzlichen Risiken dieser Technik mit ihren tiefen Eingriffen in Gottes Schöpfung vor Augen, erklärte der Landesbischof.

www.ekiba.de

Bericht aus der Landesleitung

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ean-Gruppen, liebe ean Mitglieder und liebe ean Unterstützer.

Das Unglück in Japan ist ein tief greifendes Ereignis. Es zeigt uns unsere Ohnmacht und macht uns aufmerksam auf unsere Überheblichkeit, dass alles beherrschbar sei. Wir können jetzt wieder ohne weiteres zur Tagesordnung zurückkehren, sondern sollten aus solidarisch mit den Opfern und Betroffenen zeigen. „Beten für Japan“, dieser Aufruf der Badischen Landeskirche ist wichtig und richtig. Solidarität bedeutet auch, sich einzusetzen für eine bessere, friedlichere, gerechtere Welt. Dies bringt Stephane Hessel mit einem kleinen Büchlein deutlich zur Sprache. Der Titel klingt wie ein Schrei, ein Kampfruf: „Indignez-vous“ – (Empört Euch) heißt sein kleines politisches Büchlein, das in Frankreich in wenigen Wochen zum absoluten Bestseller aufgestiegen ist! Was derart für Furore sorgt, stammt aus der Feder eines 93-jährigen ehemaligen Widerstandskämpfers und Mitunterzeichners der *Charta der Menschenrechte* Stephane Hessel will Mut machen sich zu empören und aufzustehen. Er sagt: „Seht Euch um, und ihr werdet die Themen finden!“ Leider holen uns manchmal die Themen auch sehr gewaltsam ein. Denken wir an die Vorgänge in den Staaten am Mittelmeer. Eintreten für eine andere Welt bedeutet auch, sich über seine Quellen der Kraft klarer zu werden. Die ean hat mit der Tagung „Mystik - Lebenshilfe für heute“ am Lebensbild und an Texten von *Madeleine Delbrel* Mut gemacht, neue spirituelle Wege für politisches Engagement zu betreten. Dazu ein Bericht auf Seite 3. Auch unsere Adventstagung: „Von der Zauberkraft des Wünschens“ gab wichtige Impulse.

Auf unserem ean-Mitarbeitertag in Rastatt beschäftigten wir uns mit dem Thema „Solidarität“ sehr ausführlich und intensiv. So wählten wir das Jahresthema der ean mit dem Titel:

„Solidarität – ohne mich?“ - Mitverantwortung statt Gleichgültigkeit -

Mit diesem Thema werden wir unsere Landestagung im Oktober in Bad Herrenalb gestalten.

Dieses Mal sind auch Wahlen zum Landesvorstand und zur Landesleitung, deshalb

bitten wir um Wahlvorschläge und natürlich um zahlreiche Teilnahme.

Mit großem Engagement werden in Lahr, Singen, Kehl und Müllheim die ökumenischen „Südbadischen Sozialtage“ von der ean und dem KDA vorbereitet. Doch im Moment nimmt uns die Sozialwahl 2011 in Anspruch, bei der die ean diesmal auch wieder mit eigenen Kandidaten mitmacht. Deshalb lesen Sie bitte unsere Artikel zur Sozialwahl und unterstützen uns. Wählen Sie die Liste der ACA mit den Verbänden Kolping, KAB, BVEA, in der auch die ean Mitglied ist. Wir laden Sie herzlich ein zum Mitmachen und Mitgestalten. Werden Sie Mitglied bei der ean und fördern Sie einen wichtigen Arbeitsbereich der Evang. Landeskirche in Baden.

Willi Rojek, 1. Vors. der ean
Siegfried Aulich, ean Geschäftsführer

Inhaltsverzeichnis

Thema:	
<i>Beten für Japan</i>	1
<i>Bericht aus der Landesleitung / Inhalt</i>	2
<i>ean vor Ort, Afghanistan pro und contra</i>	3
<i>ean vor Ort, Schule wird Schülern...</i>	4
<i>ean vor Ort, Mystik Tagung</i>	5
<i>ean vor Ort, Mystik Tagung</i>	6
<i>Sozialwahlen 2011</i>	7
<i>Honnefer Erklärung</i>	8
<i>Honnefer Erklärung</i>	9
<i>Infos</i>	10
<i>Ehrenamtliche</i>	11
<i>Christliche Kraft</i>	12
<i>Aufruf EKD</i>	13
<i>Andacht zur Sozialwahl</i>	14
<i>Andacht zur Sozialwahl</i>	15
<i>Andacht zur Sozialwahl</i>	16
<i>Mit dezentraler Energieversorgung...</i>	17
<i>Wir bieten an, Impressum</i>	18

Afghanistan pro und contra

Podiumsdiskussion der evangelischen Arbeitnehmerschaft zu einem brisanten Thema.



*Auf dem Podium der evangelischen Arbeitnehmerschaft (von links): Alexander Bonde, Ullrich Thiel, Reiner Becker, Karl-Heinz Bög und Peter Weiß
Foto: Christoph Breithaupt*

LAHR. Nichts ist gut in Afghanistan. Die Podiumsdiskussion der evangelischen Arbeitnehmerschaft der Landeskirche Baden am Mittwoch kam bei diesem Satz von Margot Kässmann, ehemalige Ratsvorsitzende der evangelischen Kirche in Deutschland, zu unterschiedlichen Einschätzungen.

Mit Ullrich Thiel von der Deutschen Friedensgesellschaft, Karl-Heinz Bög vom Bundeswehrverband und den beiden Bundestagsabgeordneten Alexander Bonde (Grüne) und Peter Weiß (CDU), war das Podium fachkundig besetzt. Die Moderation übernahm Dekan Rainer Becker. Der Saal im evangelischen Gemeindezentrum am Doler Platz war gut gefüllt mit politisch interessierten Zuhörern aller Altersstufen. Rainer Becker lud zu einer ersten Gesprächsrunde ein, indem er Margot Kässmanns umstrittene Wertung "Nichts ist gut in Afghanistan" zitierte.

Dem widersprachen erwartungsgemäß Peter Weiß und Karl-Heinz Bög. Peter Weiß erinnerte zunächst daran, dass die rot-grüne Vorgängerregierung das militärische Engagement in Afghanistan auf den Weg gebracht hatte, und zählte dann vor allem Erfolge in Afghanistan im sozialen und bildungspolitischen Bereich auf. Karl-Heinz Bög gab zu, dass "die Mission Afghanistan militärisch nicht zu gewinnen" sei, die Soldaten könnten nur den zivilen Aufbau begleiten. Dabei vermissten sie aber "konkrete Zielvorgaben und die Wahrhaftigkeit der Politik".

Ullrich Thiel – einer der ersten Wehrdienstverweigerer und seit Jahrzehnten in der Friedensbewegung aktiv – zog eine andere

Bilanz. Zwar sei nicht alles schlecht in Afghanistan, doch spätestens seit 2006 sei alles wieder schlechter geworden. Thiel kritisierte das Missverhältnis der Ausgaben für militärische Aufgaben und zivile Aufbauhilfe und wertete die Erfolge im zivilen Bereich vor allem als Verdienst der verschiedenen in Afghanistan arbeitenden Nicht-Regierungs-Organisationen.

Auf jeden Fall ist nichts einfach

Auch Alexander Bonde differenzierte die Aussage Kässmanns: Weder sei alles schlecht, noch alles gut in Afghanistan, auf jeden Fall sei aber "nichts einfach". Die Situation habe sich im Vergleich zu 2001, als Afghanistan als Terrorstützpunkt für die Anschläge vom 11. September als akute Bedrohung angesehen wurde, aber grundlegend geändert. Bonde wertete es als "massiven Fehler", den Aufbau des Landes zu sehr im Hintergrund belassen zu haben.

Trotz der unterschiedlichen Positionen blieb die Diskussion sachlich. Bis auf Ullrich Thiel war sich die Runde darin einig, dass die zivile Aufbauhilfe militärische Absicherung benötige. Thiel vertrat dagegen die radikale These, dass Afghanistan heute wesentlich besser dastünde, wenn sich nach der Auflösung des Warschauer Pakts auch die Nato aufgelöst hätte und alle frei werdenden Mittel in die Entwicklungshilfe geflossen wären. Und er gab zu bedenken, dass "den Menschen schon viel damit gedient wäre, wenn der Westen diese Diktaturen nicht auch noch unterstützen würde", wie es bei den Taliban zu Zeiten der Sowjetherrschaft geschehen sei.

In der kurzen Diskussion wurden vor allem die Themen Frauenrechte und Drogenhandel in Afghanistan angesprochen. Peter Weiß bezeichnete es als eine Illusion, dass die Taliban allein mit ökonomischen Maßnahmen zu besiegen wären. Alexander Bonde forderte mehr Geld für den Aufbau der Zivilgesellschaft, wirtschaftliche Förderung und Strukturförderung in Afghanistan, Karl-Heinz Bög forderte mehr Geld für die militärische Ausrüstung. Eine junge ZuhörerIn monierte, dass auf dem Podium keine Frau mitdiskutiert habe.

Juliana Eiland-Jung, Badische Zeitung 19.2.11

Schule wird Schülern nicht gerecht

15.02.11

*Bei Kehler ean breitet Landeselternbeirätin
Christiane Staab ihre Kritik am Bildungssystem
aus*

Kann man Kinder mit unserem Schulsystem überhaupt bilden? Christiane Staab, Mitglied des Landeselternbeirats, meint, dass viel zu viele Schüler auf der Strecke bleiben, weil sie nicht in ihrer Ganzheit erfasst werden. Bei der Evangelischen Arbeitnehmerschaft (ean) zeigte sie Lösungen auf.

Am ersten Schultag kommen Kinder mit den unterschiedlichsten Fähigkeiten und Entwicklungsständen in ein Zimmer und sollen nun plötzlich alle einer einheitlichen Skala entsprechen, ungeachtet ihrer persönlichen Fähigkeiten«, schildert Christiane Staab die Situation der Einschulung. »Obwohl wir doch inzwischen so viele Erkenntnisse haben über die Entwicklung von Kindern und die Heterogenität in den Klassenzimmern kommen diese Erkenntnisse in der Praxis leider relativ wenig an«.

Die engagierte Mutter ist der Ansicht, dass die Lehrerausbildung längst nicht mehr den heutigen Anforderungen entspricht. Lehrer sollten zum Lernbegleiter werden und für jedes Kind einen individuellen Entwicklungsplan erstellen. Bei einer Klassengröße von 28 Kindern unrealisierbar. »Außerdem brauchen wir ein ganz anderes Bewertungssystem«, so Staab.

Bereits ab der zweiten Klasse sehen sich einige Kinder auf der Verliererseite, weil in der Grundschule alles auf die Empfehlung für die weiterführenden Schulen hinauslaufe. »Es tut mir als Mutter weh, zu sehen, wie hier Kinder auf der Strecke bleiben und ihre Fähigkeiten gar nicht zeigen können.« Die Lösung sieht Staab in der Bildungspolitik: »Man kann Schule anders machen, die Politik muss nur die Weichen stellen«.

Staab spricht sich für ein bundeseinheitliches Schulsystem aus. Dennoch meint sie, dass viel mehr Kompetenz an die Kommunen übergehen sollte. »Fachlichkeit sollte vor Ort stattfinden. Wie sollen die in Stuttgart wissen, was eine Kehler Schule wirklich braucht?« Nach Ansicht der Referentin werden Bildungsgelder falsch eingesetzt. Viel Geld werde dafür ausgegeben, Jugendliche wieder in unser System einzugliedern. »Hätte man dieses Geld in Kindergärten und Grundschulen eingesetzt, wäre dieser Reparaturbetrieb gar nicht nötig«.

Für Staab werden hier auf politischer Ebene

falsche Prioritäten gesetzt. An den weiterführenden Schulen sei es für die Lehrer sehr schwierig, ein Kind in seiner Ganzheit erfassen zu können, da viele nur zwei Stunden pro Woche in der Klasse sind. »Viele Lehrer spüren ihre Ohnmacht und nicht wenige geben auf. Es sollten endlich alle an einem Strang ziehen – Eltern, Lehrer und Politik«, appelliert die Elternbeirätin. Eltern verspielen Einfluss, weil keine wirkliche Solidarität entstehe. Allzu oft stünden persönliche Interessen für das eigene Kind im Vordergrund, manchmal arbeiteten Eltern sogar gegeneinander. Dabei habe ein Elternbeirat relativ starke Mitwirkungsrechte: »Eltern sollten ihre Miteinbeziehung einfordern und nicht nur Schulfeste organisieren.«

Das Kultusministerium erhebe laut Staab keine aussagekräftigen Zahlen. Der neue Bildungsplan sei nun seit sechs Jahren gültig, aber es wurde nie überprüft, ob er funktioniert. Auch die überall geschriebenen Vergleichsarbeiten wurden nie konsequent ausgewertet, »Es könnte ja ein Handlungsbedarf entstehen«.

Die Arbeitgeber klagten, sie könnten mit den Absolventen derzeit nicht arbeiten. Für Staab ist klar: »Die Einführung des G8 war nicht nur ein Arbeitgeberwunsch sondern eine ganz klare Einsparungsmaßnahme. Gymnasiallehrer sind nun mal die teuersten«.

Auf die Frage von Elternvertretern, was man an den Schulen tun könne, verweist Staab auf die Kommunalpolitiker. »Es gibt viele Baustellen, aber man könnte auch vieles tun, wenn der politische Wille da wäre.« Sie sieht Schule als einen Teil der Gesellschaft. Die Schule müsse sich deshalb den gesellschaftlichen Strukturen anpassen.

»Unser Schulsystem ist ein ganz arger In-sich-Betrieb und total veraltet. Schule kann man heute nicht mehr nur mit Lehrern machen, es müssen zusätzlich Sozialarbeiter und Erzieher eingesetzt werden.« Staab ist sich über die Mehrkosten bewusst. Doch viele Verwaltungsaufgaben könnten statt der teuren Lehrer billigere Angestellte ausführen. Die Realschulen seien derzeit das größte Sorgenkind. Hierhin kämen Kinder mit Gymnasiumniveau wie solche, die auf die Hauptschule gehörten: »Hier werden Lehrer mit Kindern konfrontiert, auf die sie gar nicht vorbereitet sind.« Doch bei allen Antworten ist eine schnelle Lösung nicht in Sicht, bedauert die Referentin bei der Evangelischen Arbeitnehmerschaft.

Sabine Schafbauer

MITTELBADISCHE PRESSE
Kehler Zeitung

ean vor Ort

„Mystik – Lebenshilfe für heute“

Ein ganz besonderes Wochenende der ean in Bad Herrenalb.

Vom 11.-13. Februar 2011 trafen sich die Ortsgruppen Menzingen, Unteröwisheim, Weingarten und der AK Familie und Gesellschaft wieder zu einer gemeinsamen Tagung im Haus der Kirche in Bad Herrenalb. Im Mittelpunkt standen die in Deutschland weitgehend unbekanntene Mystikerin Madeleine Delbrêl und ihre „Mystik der Straße“.

Unsere Referentin, Pfarrerin Dr. Irene Leicht, brachte uns am Freitagabend das Leben von Madeleine Delbrêl näher: 1904 geboren, stark beeinflusst durch den antiklerikalen und exzentrischen Vater erlebt sie als Zehnjährige den Beginn des Ersten Weltkrieges und wird unter diesen Eindrücken zur überzeugten Atheistin. Mit 16 studiert sie an der Sorbonne Kunst, Philosophie und Geschichte.

Durch Jean Maydiou, mit dem sie sich an ihrem 19. Geburtstag verlobt, kommt sie mit dem christlichen Glauben in Kontakt. Es trifft sie schwer, als ihr Verlobter sie verlässt, um in ein dominikanisches Kloster einzutreten, gleichzeitig verliert ihr Vater sein Augenlicht. Madeleine gerät in eine tiefe Krise und wird schwer krank. In dieser Zeit verwandelt sich ihre Einstellung zu Gott von „Gott ist tot..... Es lebe der Tod“ über die Erkenntnis, dass auch die Nichtexistenz Gottes nicht zu beweisen sei, zu einer Frau, „sich von Gott im Gebet hatte finden lassen“. Folgerichtig beginnt sie 1931 eine Ausbildung als Sozialarbeiterin, um ihren Glauben „nicht abgesondert, sondern mitten in der Welt zu leben“. 1936 beendet sie ihre Ausbildung.

Ab 1933 geht sie mit zwei anderen jungen Frauen aus dem Bibelkreis ihrer christlichen Gemeinde in Paris nach Ivry. Dort übernehmen sie in der Pfarrei St. Pierre – St. Paul ein kirchliches „Zentrum des Sozialdienstes“ und leben in einer wachsenden Gemeinschaft ohne Klausur und Gelübde zwischen den beiden Polen: Gott und die Straße.

Ivry ist eine Arbeiterstadt mit katastrophalen Lebensbedingungen, eine Hochburg der kommunistischen Partei und einer davon zunächst wenig berührten christlichen Gemeinde. Madeleine Delbrêl kann ihre Distanz zum atheistischen Marxismus nie überwinden und doch ist sie voller Hochachtung für den mitmenschlichen Einsatz der Kommunisten. Deswegen tritt sie – zusammen mit verschiedenen Weggefährten der Aktion „Die ausgestreckte Hand“ bei, als christlich-kommunistischer Pol gegen die Faschisten.

Während des Zweiten Weltkrieges wird sie mit ihren Gefährtinnen vom Bürgermeister Ivrys für den Sozialdienst der ganzen Region mobilisiert. Dabei hilft ihr die Gründung der „Mission de France“ mit Arbeiterpriestern, die speziell dafür ausgebildet wurden, in zunehmend entchristianisierten Gebieten zu wirken und zu leben.

Als es in ihrer Gemeinschaft zu Spannungen wegen ihres politischen Engagements kommt, kündigt Madeleine 1946 ihre Stellung im Rathaus, führt von nun an den Haushalt ihrer Gemeinschaft und kümmert sich um die zahlreichen Gäste, allein erziehende Mütter, Arbeitslose, streikende Arbeiter, spanische Widerstandskämpfer, usw.

1959 wird die „Mission de France“ trotz zweier Romreisen Madeleines endgültig vom Papst verboten. Ihre Eltern und andere ihr nahe stehende Personen sterben, was dazu führt, dass sie fast ständig krank ist.

1961 wird sie von Erzbischof Sartre gebeten, bei den Vorbereitungen zum Zweiten Vatikanischen Konzil unter Johannes XXIII. mitzuwirken.

Am 13. Oktober 1964 stirbt Madeleine Delbrêl an einem Schlaganfall.

Frau Dr. Irene Leicht zeigte uns am Samstag die mystische Dimension Madeleine Delbrêls mit Hilfe ihrer Briefe und Gedichte auf, die nach und nach aus ihrem Nachlass veröffentlicht werden. Dabei wechselte Frau Leicht zwischen Lesungen, meditativen Übungen und Tänzchen und Gruppengesprächen zu den spirituellen Texten Delbrêls. Mit einem Feierabendmahl klang der Tag eindrucksvoll aus.

Durch eine Widmung für Herrn Venice Gosnat in ihrem einzigen Buch „Ville marxiste, terre de mission“ wird die ganze Hochachtung und Freundschaft zu einigen Kommunisten deutlich:

Herrn Venice Gosnat, dessen schlechte Schülerin im Marxismus, doch auch treue Freundin ich bin, widme ich in Hochschätzung seiner Güte und seines konkreten Großmuts von ganzem Herzen dieses Buch. Ich bin gewiss, dass er es, wenn nicht bejahen, so doch verstehen wird.

(Madeleine Delbrêl 5. September 1957)

In Madeleines Messbuch findet man nach ihrem Tod einen Zettel:

ICH WILL DAS, WAS DU WILLST
OHNE MICH ZU FRAGEN

*ob ich es kann ohne mich zu fragen ob ich Lust
darauf habe ohne mich zu fragen ob ich es will*

29. März 1924

29. März 1954

aus „Fahrradspiritualität“

..... Du hast dir für uns ein seltsames Gleichgewicht gewählt. Ein Gleichgewicht, das sich nur in der Bewegung einstellen und halten kann, nur im Schwung. Ein bisschen wie ein Fahrrad,

aus „Lasst euch finden“

*Brecht auf ohne Landkarte- und wisst, dass
Gott unterwegs zu finden ist, und nicht erst am
Ziel.*

aus „Gehorsam“

*Schweigen heißt nicht, nichts sagen, sondern
mit allen unsern Kräften hören.*

aus „Der Ball des Gehorsams“

*Gib, dass wir unser Dasein lebenwie
einen Ball, einen Tanz in den Armen deiner
Gnade,Von solchen Gedanken inspiriert,
machten wir uns Sonntagfrüh (fast)
schweigsam auf zum Bad Herrenalber
Quellenpfad, um mit allen unsern Kräften zu
hören.*

Willi Rojek, Meckesheim

Leistung und Chancengleichheit – Illusion oder Möglichkeit

Unter diesem Motto stand die Familientagung der ean im Januar 2011. Nicht nach Hohrirt, sondern zum Schwarzwald Hotel Brandbach in Sasbachwalden brachte uns der Bus. Nach dem Abendessen führte Siegfried Aulich in das Tagungsthema ein.

Nach dem Frühstück am Morgen startete Peter Cleiß vom Religionspädagogischen Institut (RPI) in Karlsruhe mit dem Vortrag „Leistungsbegriff im Wandel..“. Vom Bildungsbegriff nach Humboldt machte er seine Ausführungen bis hin zur Verengung auf Bildung rein materiell gesehen, als Mittel zum Gelderwerb. Für Cleiß ist der bessere

Bildungsbegriff: Befähigung, eigenes Handeln verantwortungsvoll zu beurteilen. Stark kritisiert wurde die Begabungstheorie, die durch Ergebnisse der Neurobiologie widerlegt sei, und ein leistungsfeindliches Benotungssystem.

Im zweiten Vortrag referierte Dr. Friedmann vom Regierungspräsidium Freiburg über „Bildung ist mehr als Schule, Lernen als Gestaltungsaufgabe“. Er plädierte für die vermehrte Nutzung von Ideen aus der Sonderpädagogik und eine stärkere Partnerschaft mit Eltern und Gruppen außerhalb der Schule.

Im dritten Vortrag berichtete Herr Hanselmann vom Regierungspräsidium Freiburg, von Konfliktphänomenen: „Wenn die Chemie nicht mehr stimmt..“ Mit Beispielen aus seiner Praxis im Schulamt und aus privatem Umfeld zeigte er anschaulich verschiedene Konflikte auf. Häufig dominieren noch traditionelle Strukturen wie Elternabend und Schulkonferenz, anstatt auf mehr Dialog und persönliche Besuche zu setzen. Es hilft eine Orientierung an den Stärken und der Entwicklung des Schülers. Sein Motto: „Es gibt viele Möglichkeiten: Einfach anfangen“.

Die Diskussionen nach den Referaten wurden oft bis in die Pausengespräche fortgeführt.

Der Bunte Abend schloss den Samstag ab und war wieder ein voller Erfolg. Anspruchsvolle und lustige Aufgaben forderten die Teams heraus. Der Hauptgewinn ein „Weinabend“ ging an das erfolgreichste Team. Vielen Dank für die Organisation des Abends an Sabine, Volker und Heide.

Nach dem Gottesdienst am Sonntagmorgen stiegen wir mit Siegfried Aulich in das Tagungsthema wieder ein. Mit Anregungen und Kritik schloss die Tagung vor dem Mittagessen.

Ulrich Bomke, Oberöwisheim



PRESSEMITTEILUNG

Als Christ engagieren – Sie habe eine Stimme Sozialwahl als Chance für Gerechtigkeit

Köln, Januar 2011. Am 1. Juni 2011 ist der Stichtag für die nächste Sozialwahl in Deutschland. Rund 48 Millionen Renten-, Pflege- und Krankenversicherte entscheiden per Briefwahl über die Zusammensetzung der Vertreterversammlung bei der Deutschen Rentenversicherung Bund. Bei den Ersatzkassen Barmer GEK, Techniker Krankenkasse (TK) und der Deutschen Angestellten-Krankenkasse (DAK) wählen die Mitglieder die Verwaltungsräte, in denen bereits jetzt ehrenamtlich engagierte Christinnen und Christen vertreten sind. Die gewählten Personen treffen dort alle grundsätzlich wichtigen Entscheidungen. Von der beitragsfreien Familienversicherung über Leistungen der Krankenkasse bis hin zu einer den Lebensstandard sichernden Rente stehen die gewählten Vertreterinnen und Vertreter für die Belange der Versicherten ein.

Ihre Stimme für christliche Kraft

Zur Vertretung der christlichen Sozialethik gibt es eigene Kandidatinnen und Kandidaten. Das sind Mitglieder der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB), des Kolpingwerks Deutschland (Kolping) und des Bundesverbands Evangelischer Arbeitnehmerorganisationen (BVEA). Um katholische und evangelische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Sozialversicherungen zu vertreten, haben sich diese drei Organisationen bereits vor über 100 Jahren zur heutigen Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmer-Organisationen (ACA) zusammengeschlossen. Besonders in Zeiten, in denen durch Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme die Solidargemeinschaft unserer Gesellschaft

gefährdet ist, ist eine christliche Ethik im deutschen Sozialsystem wichtig.

Die für christliche Werte stehenden Kandidatinnen und Kandidaten aus KAB, Kolping und BVEA finden sich in folgenden Wahllisten:

- > Liste 5 – Deutsche Rentenversicherung Bund
- > Liste 5 – DAK Deutsche Angestellten-Krankenkasse
- > Liste 5 – Barmer GEK
- > Liste 3 – Techniker Krankenkasse (TK)
- > Bundesländer: Wahlliste der AOK

So wird gewählt

Im April werden die Wahlunterlagen verschickt. Ihnen liegt ein roter Rückumschlag bei. Er ist fertig adressiert und wird mit dem angekreuzten Wahlzettel darin bis zum 27. Mai 2011 zurückgeschickt. Wahlberechtigt sind Versicherte und Rentner/innen der Deutschen Rentenversicherung Bund und Mitglieder der Ersatzkassen, die am 3. Januar 2011 das 16. Lebensjahr vollendet haben. Die Nationalität spielt keine Rolle.

Weitere Informationen

Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmer-Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland
ACA – Bundesgeschäftsstelle, Kolpingplatz 5–11,
50667 Köln, **www.sozialwahl11.info**

Kontakt

Georg Hupfauer (ACA-Vorsitzender),
Telefon: 0221 7722-137, E-Mail: info@kab.de
Jürgen Peters (ACA-Geschäftsführer),
Telefon: 0221 20701-153,
E-Mail: referat.arbeit.soziales@kolping.de
Siegfried Aulich (ean-Geschäftsführer),
Telefon: 0721- 9175-366,
E-Mail: Siegfried.aulich@ekiba.de
Redaktion: Im Auftrag der ACA, Beate
Schneiderwind (medienbüro beate schneiderwind)

„Honnefer Erklärung“ zu den Sozialwahlen 2011

menschlich. sozial. gerecht.

Diese drei Leitworte sind für die Zukunft der Sozialen Sicherung in Deutschland nach Überzeugung der Mitgliedsorganisationen der ACA Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands (KAB) Kolpingwerk Deutschland (Kolping) Bundesverband der Evangelischen Arbeitnehmerorganisationen (BVEA) unverzichtbar. Im Mittelpunkt alle Reformen, die der Entwicklung der sozialen Sicherungssysteme dienen, muss der Mensch stehen. Es geht um seine Würde als Versicherter/ Versicherte und Beitragszahler/-in, als Patient/-in oder Rentner/-in. Kern der sozialen Sicherungssysteme ist die Solidarität der Jungen mit den Alten, der Gesunden mit den Kranken, der Arbeitsfähigen mit den Arbeitsunfähigen und der Leistungsstarken mit den Leistungsschwachen in unserer Gesellschaft.

Die Hilfen überall und jederzeit zu erhalten, die notwendig und lebenserhaltend sind, schafft Gerechtigkeit in den sozialen Sicherungssystemen. Der Schutz des Einzelnen / der Einzelnen durch die Gemeinschaft – das ist die Welt, die wir wollen.

Zum Auftakt der Sozialwahlen 2011 trafen sich vom 4. bis 6. Februar im Katholisch-Sozialen Institut / Bad Honnef die Kandidatinnen und Kandidaten der gemeinsamen Listen von KAB, Kolping und BVEA mit den Verantwortlichen und Mitstreiter/-innen der Arbeitsgemeinschaft christlicher Arbeitnehmer-Organisationen (ACA). Als Ergebnis ihrer Tagung mit *Professor Dr. Werner Sesselmeier* von der Universität Koblenz-Landau, 1. Vorsitzender der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt, zum Thema „Alles Scheindebatten in der Tagespolitik? Welche tragfähigen Reformen braucht die Sozialversicherung wirklich?“ verabschiedeten sie zu den Schwerpunkten Renten-, Kranken-, Pflege- und Unfallversicherung die „Honnefer Erklärung“:

Für die sozialen Sicherungssysteme brauchen wir eine „solidarische und nachhaltige Finanzierung“

In der sozialen Selbstverwaltung sind die christlichen Sozialverbände sowohl Partner für alle Versicherten und Mitglieder bei ihren konkreten Fragen als auch Partner für Politik und Gewerkschaften bei Fragen zur Zukunft von Rente, Gesundheit, Pflege und Schutz im Berufsleben. KAB, Kolping, und BVEA nehmen damit die Herausforderung an, sich für Reformen in den sozialen Sicherungssystemen einzusetzen und dabei die Interessen ihrer Mitglieder und der

Versicherten zu wahren und in die Debatten einzubringen. Es ist oberstes Prinzip, die Systeme auszubauen und zukunftsfest zu gestalten, die Solidarität in den Systemen zu stärken und die Eigenverantwortung aller zu fördern. Dazu gehört, die Prävention und Rehabilitation nachhaltig ausbauen.

Parität hat Priorität

Die solidarische Finanzierung braucht die Parität in der Rentenversicherung, in den Kranken- und Pflegeversicherungen. Arbeitgeber sollten wieder in gleichem Umfang an der entgelt-bezogenen Mittelaufbringung beteiligt werden. Wir wollen, dass die Rente auch in Zukunft zu einem menschenwürdigen Leben reicht und vor Altersarmut schützt. Die gesetzliche Rentenversicherung muss deshalb zu einer „Solidarischen Alterssicherung“ weiterentwickelt werden. Wir wollen, dass allen Versicherten bei Krankheit, Behinderung, Pflege oder Unfall unabhängig von Einkommen, Alter oder sozialer Schicht eine umfassende und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung zu Teil wird.

Basis wird breiter

Die nachhaltige Finanzierung gibt eine Antwort auf die Herausforderungen an die sozialen Sicherungssysteme. Sie berücksichtigt den Finanzbedarf angesichts der älter werdenden Gesellschaft (demografischer Faktor und Verhältnis von Beitragszahlern zu Leistungsempfängern) und die Abhängigkeit von der lohnzentrierten Erwerbsarbeit (negative Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und Nichtabsicherung durch Sozialversicherungen). Die Basis bei den Einnahmen muss breiter werden: Wir wollen, dass der Versichertenkreis in der Rentenversicherung erweitert wird. Wir wollen, dass alle Einkunftsarten in den Renten-, Kranken- und Pflegeversicherungen zur Finanzierung herangezogen werden, um einerseits den Faktor Arbeit zu entlasten und andererseits die Risiken aus dem Arbeitsmarkt und der veränderten Lebensgestaltung zu verringern.

Unterstützung durch Politik

Eine solidarische und nachhaltige Finanzierung ist die Stütze der sozialen Sicherung. Sie allein reicht auf Dauer nicht. Sie braucht Unterstützung durch die Politik, und zwar in der Arbeitsmarkt-, der Bildungs- und der Familienpolitik. Die Integration für möglichst viele Menschen in den Arbeitsmarkt schafft Einkommen und Beiträge für die Sozialkassen. Die Integration ist abhängig von einer Bildungspolitik, die zum einen junge Menschen aus allen sozialen Schichten auf einen Beruf vorbereitet und zum anderen

Arbeitnehmer/-innen ständig qualifiziert, um Arbeitsplätze zu sichern. In der Familienpolitik geht es von der Versicherungsfreiheit für Familienangehörige bis hin zur Unterstützung für pflegende Familienangehörige.

Reformen voranbringen

In der gesetzlichen Rentenversicherung setzen sich KAB, Kolping und BVEA dafür ein, die „Sockelrente“ nach dem Modell der Katholischen Verbände als Element einer Mindestsicherung einzuführen. Sie wollen damit drohende Altersarmut umfassend verhindern und eine eigenständige Alterssicherung von Frauen und Männern fördern. Die gesetzliche Rentenversicherung soll zu einer Erwerbstätigen-Versicherung erweitert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass das Risiko der Erwerbsminderung besser abgesichert wird. Wir setzen uns dafür ein, dass wir langfristig ein einheitliches Rentensystem in Ost und West erhalten. Wir setzen uns dafür ein, dass die Regierungskommission „Vermeidung von Altersarmut“ Anhörungen organisiert, in denen wir uns mit unseren Vorstellungen einbringen können.

In der gesetzlichen Krankenversicherung setzen sich KAB, Kolping und BVEA dafür ein, den Einfluss des Staates zu mindern, die Position der Selbstverwaltung gegenüber Politik und Leistungserbringern zu stärken, den Krankenkassen wieder die volle Beitragshoheit zu verleihen und das Sachleistungsprinzip nicht systemfremd einzuschränken. Wir setzen uns dafür ein, dass die Zuschüsse des Staates zur Abgeltung gesamtgesellschaftlicher Leistungen solange erhöht werden, bis ein vollständiger finanzieller Ausgleich erreicht ist. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Bürger/-innen unabhängig von ihrem Status jederzeit im Krankheitsfalle zu angemessenen Beiträgen umfassend geschützt und barrierefrei am medizinischen Fortschritt beteiligt sind.

In der gesetzlichen Pflegeversicherung setzen sich KAB, Kolping und BVEA dafür ein, auch hier eine solidarische und nachhaltige Finanzierung zu schaffen. Dabei geht es um eine würdevolle Behandlung aller Pflegebedürftigen und eine Unterstützung gleichermaßen der pflegenden Angehörigen und der Ehrenamtlichen sowie der Frauen und Männer in Pflegeberufen. Die Pflegeversicherung muss bald auf die klar erkennbare Veränderung der Bevölkerungsstruktur reagieren, insbesondere durch einen solidarisch aufzubauenden Kapitalstock beziehungsweise eine Nachhaltigkeitsreserve im System. Wir setzen uns dafür ein, dass die Kinder erziehenden Versicherten durch einen

nach deren Zahl gestaffelten Abschlag bei den Beiträgen entlastet werden. Wir setzen uns dafür ein, dass der Pflegebegriff insgesamt so gestaltet wird, dass er auf den Grad der verbliebenen Selbstständigkeit ausgerichtet ist. Wir setzen uns dafür ein, dass das derzeitige System der Kontrolle und der Bewertung von Pflegeleistungen verbessert wird. Das heutige Notensystem reicht bei weitem nicht aus.

In der gesetzlichen Unfallversicherung, die als einziger Sozialversicherungszweig von den Arbeitgebern allein finanziert wird, setzen sich KAB, Kolping und BVEA dafür ein, die Berufsgenossenschaften und die öffentlichen Unfallversicherungsträger als tragende Säule der sozialen Sicherung zu erhalten. Eine Privatisierung wird grundsätzlich abgelehnt. Gesundheitliche und berufliche Leistungsfähigkeit ist unverändert mit allen geeigneten Mitteln nach Unfällen oder berufsbedingten Erkrankungen wieder herzustellen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Finanzierung der Wegeunfälle in der gesetzlichen Unfallversicherung erhalten bleibt. Wir setzen uns dafür ein, dass das Berufskrankheiten -Recht überarbeitet wird mit dem Ziel, der ansteigenden Anzahl der psychischen Erkrankungen adäquat Rechnung zu tragen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Gefährdungsbeurteilung in allen Betrieben und Unternehmen tatsächlich entsprechend der gesetzlichen Vorgaben durch geeignete Maßnahmen (Schulungen, Kontrollen) durchgeführt und das Arbeitsschutzgesetz umgesetzt wird. Wir setzen uns dafür ein, dass die branchenspezifische Prävention und die Versichertennähe, insbesondere in den fusionierten Berufsgenossenschaften, sichergestellt werden.

Von Menschen für Menschen. Das ist die Solidarität, die wir meinen. Dafür setzen sich bei den Sozialwahlen 2011 und in der Sozialpolitik die Mitgliedsorganisationen der ACA – ihre Kandidat/-innen und Mandatsträger/-innen – mit allen Kraft und ihrer christlicher Überzeugung ein. Das schöpferische Mitwirken vieler Beteiligter an der Zukunftsgestaltung unserer sozialen Sicherungssysteme ist eine Voraussetzung dafür, dass in einem erweiterten Europa die vielbeschworene Bürgergesellschaft verwirklicht werden wird.

Bad Honnef, 6.02.2011

V.i.S.d.P.
Bundsvorsitzender Georg Hupfauer
Bernhard-Letterhaus-Str. 26 50670 Köln
Telefon 0221-7722-137
Telefax 0221-7722-135

"Ehrenamtliche in den Sozialversicherungen"

Milliarden Beiträge gilt es an den richtigen Stellen einzusetzen. Es ist wieder soweit, die Sozialversicherungsträger Deutschlands rufen zur Wahl über die Zusammensetzung ihrer Vertreterversammlung. Die Mitbestimmung im Sozialversicherungswesen ist eine Säule unseres Sozialsystems. Ein über hundert Jahre altes Mitbestimmungsmodell kommt regelmäßig in die Kritik, wenn es um die Wahlen geht.

Dabei geht es nicht nur um die Wahl des Vorstandes, sondern vor allem um die praxisnahe Verteilung der Milliardenbeiträge. Arbeitgeber und Arbeitnehmer zahlen paritätisch in die Renten-, Kranken-, Unfall- und der Arbeitslosenversicherung ein. Die Einführung der Pflegeversicherung hat diese Parität schon in Schieflage gebracht, da hier die Beiträge nur von den Arbeitnehmern gezahlt werden. Die derzeitige Regierung wird die Beiträge auch in den anderen Zweigen für die Arbeitgeber deckeln, so dass dieses Prinzip nur noch eine kurze Halbwertszeit hat. Bei der Arbeitslosenversicherung gibt es keinen Wahlgang, die Gewerkschaften sind als Arbeitnehmervertreter gesetzt, auch dies könnte man hinterfragen. Die Sozialwahl ist nach der Bundestagswahl die größte Wahl des Landes, hier sind noch mehr Menschen wahlberechtigt als bei der Europawahl. Dennoch ist die Wahlbeteiligung von einstmalig 80% in den Fünfziger Jahren auf knappe 30 % gesunken. Unverständlich, bei den überraschenden Einflussmöglichkeiten der Versicherten durch die Vertreterversammlungen. Urwahl oder Friedenswahl. Regelmäßig die Gretchenfrage. Die Landesorganisationen der Rentenversicherungen, und z. B. der Allgemeinen Ortskrankenkassen verzichten in der Regel auf den Wahlgang. Den meisten Trägern ist eine Wahl einfach zu teuer. Bei den großen Sozialversicherungsträgern, der Rentenversicherung Bund, den großen Krankenkassen, bei denen mehr als 80% der Werktätigen versichert sind, und bei den großen Unfallversicherungen wird

allerdings gewählt. Niemand braucht morgens aus dem Bett zu stürmen und zu einem Wahllokal zu hasten, die Unterlagen kommen ganz bequem nach Hause, dürfen da dann allerdings nicht im Rundordner landen, sondern mit einem Kreuz an der richtigen Stelle in die, zugegeben seltener gewordenen, gelben Kästen der Post geworfen werden.

Die Christlichen Vertreter KAB, Kolping und die Evangelischen Arbeitnehmerorganisationen wie auch die ean bewerben sich erneut, teilweise in Listenverbindung mit dem DGB, um ihre Stimme. Es gilt den Christen in den Gewerkschaften mehr Gewicht zu verleihen.

Der Wahlerfolg aus 2005, zwischen 5 und 7 %, hat auch zu Folge, dass Kollegen und Kolleginnen als Versichertenberater, in Widerspruchsstellen und sogar als Arbeits- und Sozialrichter berufen werden. Aus eigener Erfahrung darf ich sagen, dass der Einsatz in diesen Bereichen ein klares Auge für die Sorgen und Nöte unserer Mitmenschen erhält. Auf diesen Feldern können wir uns wirklich mit den Menschen um ihr gutes Recht kümmern, die Verwaltungen kontrollieren und in Gerichtsverfahren den gesunden Menschenverstand neben die Rechtslage stellen. Die Rentenversicherung ist zufrieden mit dem System, lassen sich so doch Ehrenamtliche einbinden, es geht ja auch um die Besetzung von Richter- und Widerspruchsstellen und die Ernennung von Versichertenberatern. Die Krankenkassen sind mit den Friedenswahlen aus Kostengründen ebenfalls zufrieden, senkt dieses Prozedere doch die Kosten. Die fachlichen Anforderungen und Zusammenhänge sind kompliziert und für Laien schwer nachzuvollziehen.

Das Wahlprogramm der christlichen Arbeitnehmerorganisationen in der ACA ist eine gute Basis um den sozialpolitischen Ansatz von BVEA, KAB und Kolping darzustellen und sollte Grundlage für einen erfolgreichen Wahlkampf sein.

*Matthias Gehlhar,
Mitglied des BVEA - Vorstandes*

Christliche Kraft gegen soziale Ungerechtigkeit

Sozialwahl entscheidet über Rechte der Versicherten bei Krankheit, Rente und Pflege

Der erste Juni ist der Stichtag für die nächste Sozialwahl in Deutschland. Rund 48 Millionen Renten-, Pflege- und Krankenversicherte entscheiden bis dahin per Briefwahl in ganz Deutschland über die Zusammensetzung der Vertreterversammlungen bei der Deutschen Rentenversicherung, den Ersatzkassen und AOKs. Ende März werden die Wahlunterlagen verschickt.

Auch die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmer-Organisationen (ACA) beteiligen sich an den Sozialwahlen. Die Mitglieder der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB), des Kolpingwerks Deutschland und des Bundesverbandes Evangelischer Arbeitnehmerorganisationen (BVEA) – in der auch die ean Baden Mitglied ist – bringen die Grundsätze der christlichen Sozialethik in die Selbstverwaltungen ein.

In Baden setzt sich die Evangelische Arbeitnehmerschaft Baden (ean) für ein solidarisches und gerechtes Sozialversicherungssystem ein.

Für ihren Geschäftsführer *Siegfried Aulich* „gehören Solidarität und Gerechtigkeit zum Kern christlicher Ethik“. Er hält die Zukunft der sozialen Sicherung für „ein zentrales Thema der gesellschaftspolitischen Debatte“ und appelliert deshalb an die Mitarbeitenden und Gemeindemitglieder der badischen Landeskirche, sich an der Sozialwahl zu beteiligen.

Die ean stellt bei der Sozialwahl in Baden-Württemberg eigene Kandidatinnen und Kandidaten in der Rentenversicherung und den Bezirksräten der AOK auf.

Bundesweit hat der Ratsvorsitzende der EKD, Präses *Nikolaus Schneider*, dazu aufgerufen, sich an der Sozialwahl zu beteiligen und die christlichen Vertreter zu unterstützen, um „die christlichen Werte in die Entscheidungen der Sozialversicherungen einzubringen“.

Die Vertreterversammlungen / Bezirksräte sind das „Parlament“ der Sozialversicherungen. Sie verabschieden beispielsweise den Haushalt und entscheiden über die Besetzung der leitenden Positionen und Widerspruchsausschüsse. Ihre Mitglieder setzen sich für die Interessen der Beitragszahler und Rentenempfänger ein.

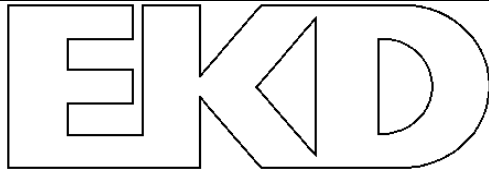
Infos:

www.sozialwahl11.info

www.aca-bw.de

Infomaterial zur Sozialwahl erhalten Sie bei: *Siegfried Aulich*, ean Baden, Tel. (07 21) 9175-366 / 364





Herausgegeben
von der Pressestelle
der Evangelischen
Kirche in Deutschland (EKD)
Herrenhäuser Str. 12
30419 Hannover
Tel.: (0511) 2796-264/268
Fax: (0511) 2796-777

Pressemitteilung

32/2011

Sozialwahlen 2011:

EKD und Deutsche Bischofskonferenz rufen zur Beteiligung auf

Der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Präses Nikolaus Schneider, und der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch erklären zu den anstehenden Sozialwahlen 2011:

„Im kommenden April/Mai finden wieder die Sozialwahlen statt. Es geht um die Vertretung der Versicherten in den gesetzlichen Sozialversicherungen, also etwa in Kranken- und Rentenversicherungen. Dazu kandidieren die christlichen Sozialverbände auf einer gemeinsamen Liste: das Kolpingwerk, die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung und der Bundesverband Evangelischer Arbeitnehmer.

Den Kandidaten aus beiden Konfessionen geht es um das gemeinsame Anliegen, Stimme der Christen zu sein und die christlichen Werte in die Entscheidungen der Sozialversicherungen einzubringen und sie zu vertreten. Wir haben als Christen Entscheidendes beizutragen, wenn es um die Mitgestaltung der sozialen Sicherungssysteme geht: die Orientierung am Wohl des einzelnen - ohne Ansehen der Person, die Sorge um gerechte Strukturen und Entscheidungen.

Darum unsere herzliche Bitte: Beteiligen Sie sich an den Sozialwahlen 2011 und stützen Sie damit die Selbstverwaltung der Sozialversicherungen. Mit Ihrer Teilnahme an der Wahl, die per Briefwahl erfolgt, nehmen Sie Ihr Recht als Versicherter wahr und tragen bei zur Solidarität der Versicherten.

Bitte stärken Sie das Engagement der christlichen Sozialverbände: Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB), Kolping und Bundesverband Evangelischer Arbeitnehmer.“

Hannover/Bonn, 7. Februar 2011

Pressestelle der EKD
Silke Römhild

Diese Erklärung wird wortgleich von der Pressestelle der Deutschen Bischofskonferenz verschickt. Doppelungen bitten wir zu entschuldigen.

Andacht zum Auftakt der Sozialwahlen 2011

Denn das Wort vom Kreuz ist eine Torheit denen, die verloren werden – uns aber, die wir selig werden, ist es eine Gotteskraft.

Denn es steht geschrieben: Ich will zunichte machen die Weisheit der Weisen

Und den Verstand der Verständigen will ich verwerfen.

Wo sind die Klugen? Wo sind die Schriftgelehrten? Wo sind die Weisen dieser Welt?

Hat nicht Gott die Weisheit der Welt zur Torheit gemacht?

Denn weil die Welt, umgeben von der Weisheit Gottes,

Gott durch ihre Weisheit nicht erkannte,

gefiel es Gott wohl, durch die Torheit der Predigt selig zu machen, die daran glauben.

Denn die Juden fordern Zeichen und die Griechen fragen nach Weisheit, denen aber, die berufen sind, Juden und Griechen,

predigen wir Christus als Gottes Kraft und Gottes Weisheit.

Denn die Torheit Gottes ist weiser als die Menschen sind

Und die Schwachheit Gottes ist stärker als die Menschen sind.“

1.Kor. 1, 18 – 25

Wenigstens einmal im Jahr schauen auch bei uns alle auf die Weisheit der Weisen – wenn die Wirtschaftsweisen ihren Bericht vorlegen. Wie begrenzt solche erlesene Weisheit sein kann, das haben wir in der Finanzkrise gesehen. Alle Berechnungen der Versicherung für ihre Gewinne am Kapitalmarkt, die Einschätzungen der Ratingagenturen über sichere Anlagen schienen vertrauenswürdig – und lange Zeit wollte niemand vorausgesehen haben, dass das Gebäude wie ein Kartenhaus zusammen klappen könnte. Die wenigen, die den unverantwortlichen Umgang mit Risiken kritisierten, wurden kaum zur Kenntnis genommen.

Damals, auf dem Höhepunkt der Krise, hielt Dr. Dirk Solte einen Vortrag mit dem Titel „Weltfinanzsystem am Limit“. Nein, Vortrag ist das falsche Wort - er gab uns eine Vorstellung. Er zeigte uns mit imaginärem Geld und gekritzelt Wertpapieren wie das Hütchenspiel funktioniert, mit dem man die Geldmenge rasant vermehren kann. „Einblicke in den Heiligen Gral der Globalisierung“, heißt der Untertitel des Buches, das er zu diesem Thema geschrieben hat.¹ Da zeigt sich: es geht auf den Märkten eben nicht nur um Rationalität – schon gar nicht auf den Finanzmärkten.

Es geht um eine Art von Religion. Die Anbetung von Erfolg und Reichtum. Solte fürchtet eine „Brasilianisierung“ der Welt, wie er das nennt – nämlich eine erfolgreiche Umschichtung der attraktiven Sachwerte zu den wenigen Gewinnern, eine Inflation und wachsende Verschuldung zu Lasten der Massen. Wenn nicht bald weltweit bessere Sozial- und Umweltstandards gesetzt würden, meint er, dann sei der Weg vorgezeichnet.

¹ Dirk Solte, Weltfinanzsystem am Limit, Einblicke in den „Heiligen Gral“ der Globalisierung, Terra Media Verlag, Berlin, 2007

„Ich will zunichte machen die Weisheit der Weisen und den Verstand der Verständigen will ich verwerfen“ - so zitiert der Apostel Paulus den Propheten Jesaja. Was das bedeuten kann, das haben wir gerade gesehen. Eben noch erfolgreiche Multimillionäre wanderten als Hütchenspieler ins Gefängnis. Weisheit stellte sich als töricht dar, Ansehen verwandelte sich in Verachtung, Mächtige Politiker gerieten an die Grenzen ihrer Macht. Die meisten Menschen erlebten das als Vertrauenskrise. Worauf, so fragten viele, kann man sich denn noch verlassen?

Aber dass die Welt, in der wir leben, einen doppelten Boden hat, das wissen wir schon aus unserem Alltag. Manche Spitzenmanager meinen, sie hätten die Weisheit mit Löffeln gefressen und können ihren Mitarbeitern nicht mehr zuhören. Manche Politiker sind hoch angesehen und werden für ihre eigene Familie unerträglich. Und während die Unternehmens- und Vermögenseinkommen vor der Finanzkrise stiegen, sanken die Durchschnittseinkommen der Bevölkerung. In seinem Buch „Aus der schönen Neuen Welt“ erzählt Günter Wallraf, wie er in dieser Zeit für 7.55 Euro kleine Brötchen für Lidl gebacken hat, wo Verletzungen und Brandwunden zum Alltag gehören. Sein Einsatz, schreibt er, habe sich trotz furchtbarer Erfahrungen von Entwürdigung gelohnt: Denn die Kollegen hätten spürbar erfahren, dass etwas zum Besseren gewendet werden kann, wenn Menschen sich engagieren. Dieser Mann geht immer an die Brennpunkte, ganz nach unten, seine Undercover-Aktionen sind illegale und riskant, aber sie bringen die Wahrheit ans Licht. Und plötzlich wird sichtbar, was in den Erfolgsberichten verborgen bleibt.

Die meisten Menschen halten es für verrückt, so wie Wallraf ganz nach unten zu gehen. Sich zum Narren zu machen, sich zu riskieren. Um wie viel verrückter würden sie aber Jesus finden, wenn sie ihn heute ganz unvoreingenommen erleben könnten, den Mann aus Nazareth, den Liebhaber des Lebens. Mit seine Leidenschaft für die Kleinen und Schwachen, für die Frauen und Kinder, die Kranken und Behinderten. Mit seiner unbedingten Liebe zur Wahrheit, die ihn schließlich ans Kreuz gebracht hat. Mit seine Weigerung, sich zu verleugnen, Kompromisse zu machen und den eigenen Kopf zu retten, wie es doch jeder sonst tut. Dummheit, für die viele nur ein Achselzucken übrig hätten. „Das Wort vom Kreuz“ – denen, die verloren gehen, eine Torheit – uns aber, die wir selig werden, ist es eine Gotteskraft.

Der Weg Jesu hatte von Anfang an .eine ungeheure Anziehungskraft – nicht nur in Galiläa und Jerusalem, sondern bis nach Korinth. Die Gemeinde, an die Paulus, diesen Brief geschrieben hat, bestand aus armen Schluckern. Menschen aus der städtischen Unterschicht. Niedriglöhner, Sklaven. Frauen, die bis vor kurzem von der Prostitution gelebt hatten, weil sie von ihren Löhnen nicht leben konnten. Sie kamen in die Gemeinden, weil es dort Unterstützungsprojekte für sie gab – Netzwerke, damit sie aus der Prostitution aussteigen konnten. Hier galt jeder etwas – und auch die Frauen durften mitreden. „Hier ist nicht Mann noch Frau, nicht Sklave noch Freier, nicht Jude noch Grieche“, hat Paulus an anderer Stelle geschrieben- hier sind alle eins und gleich in Christus. Dieses neue Denken viele begeistert und es hat am Ende die Gesellschaft verändert. Das Christentum zeichnete sich vor allen anderen Religionen aus durch seine Zuwendung zu den kleinen Leuten, auch zu den Kranken und Behinderten- jenseits aller Rationalität und Effektivität, einfach um Jesu willen. Menschen haben hohe Positionen verlassen, Reichtum und Ansehen aufgegeben, um anderen Bruder und Schwester und Freund zu sein. Elisabeth von Thüringen oder Franz von Assisi sind gesellschaftlich abgestiegen und an die Brennpunkte gegangen. So wie heute ein Günter Wallraf.

Die meisten Menschen wollen das Gegenteil - sich herausarbeiten aus schwierigen Lebensverhältnissen, mitspielen und Einfluss gewinnen. Und wer dann endlich etwas gilt, der möchte doch nicht mehr mit den armen Schluckern in einen Topf geworfen werden. So war das auch in Korinth. Auch in der Gemeinde. Paulus schreibt seinen Brief, weil es Machtgerangel und Konkurrenz und Konflikt gab, weil die Gemeinde sich zu spalten drohte. Manche fanden es auf Dauer wenig werbewirksam, die Erinnerung an den Kreuz Jesu zu pflegen. Denn das Kreuz markiert ja auch ein Scheitern, ein Versagen. Die Erinnerung an die eigene Ohnmacht, die überwundene Schwäche. Wäre es da nicht besser ein Evangelium des Erfolgs zu propagieren – so

wie es auch heute wieder viele tun – in Afrika, in Brasilien? Gerade bei den ärmsten der Armen ist das beliebt: ein Evangelium, das stark macht, damit man mithalten kann in der Welt.

Der Sozialwahl-Slogan „ Mit jedem Kreuz stärker“ ergreift in diesem Streit die Partei des Paulus. Er erinnert daran, dass Jesus keine Angst hatte vor den Versagern – keine Angst vor dem Scheitern. Er fing ganz unten an, da , wo es gilt, die Menschen auf die Beine zu stellen. Ihnen ihre Stärke bewusst zu machen. Ihnen zu vertrauen. Wie man Menschen in die Lage versetzt, ihr eigenes Leben in die Hand zu nehmen und auch finanziell zu gestalten, das hat Muhammed Yunus mit seinem Konzept der Kleinkredite gezeigt. Und Missionswerke und Entwicklungsdienste sind ihm gefolgt. Kleinkredite für die Ärmsten machen viele zu Beteiligten- damit nicht eintritt, was Dirk Solte befürchtet.

Genau darum geht es auch bei den Sozialwahlen. Dass jeder und jede die eigene Sache in die Hand nimmt. Dass Menschen aus der Ohnmacht herausfinden – und dass wir gemeinsam ein starkes Netz knüpfen. Wer Schwäche kennt und wer Schweres erfahren hat, der soll das nicht verleugnen - im Gegenteil: er soll seine Schwäche in Stärke verwandeln, damit auch andere stark werden. Um uns das ins Herz zu schreiben, verweist Paulus am Ende auf die Gemeinde selbst: „ Macht Euch bewusst, wer ihr seid“, schreibt er: „ nicht viele Weise, nicht viele Mächtige, nicht viele einflussreiche Leute.“ Aber genau so hat Gott das gewollt, er braucht Euch mit Eurer Erfahrung damit die Wahrheit ans Licht kommt. Damit keiner sich in die Tasche lügen kann. Die ganze Wirklichkeit in den Blick nehmen, das ist weise. Und Kraft aus dem Kreuz Jesu schöpfen, das ist Stärke. Wer so lebt, wird mit jedem Kreuz stärker und lernt, Gott zu vertrauen. Mehr und mehr. Amen.

Andacht anlässlich des Gottesdienstes bei der ACA Auftaktveranstaltung zu den Sozialwahlen am 6. Februar 2011 in Bad Honnef von Frau Oberkirchenrätin Cornelia Coenen-Marx, EKD Hannover

Du hast sozial die Wahl...

Song der ACA zu den Sozialwahlen 2011

Refrain:

Du hast sozial die Wahl, entscheide dich gezielt. Mach einfach mit, denn sonst wird Deine Würde verspielt. Du hast sozial die Wahl, mach Dein Kreuz ganz bewusst. Gib Deiner Stimme die richtige Macht - und geht acht.

Die Zukunft der sozialen Sicherheit,
ist das große Thema dieser Zeit.
Bei Rente, Krankheit, Unfall oder Pflege,
brauchen Menschen Verlässlichkeit.
Die Würde ist nicht verhandelbar,
leider ist das noch nicht allen klar.

Wölfe ihn Schafspelzen ziehen umher,
verkaufen Lügen weiter wie bisher.
Scheindebatten und Mogelpackungen,
machen dem folgt das Leben schwer.
Darum müssen wir's selbst verwalten,
und das Machbare gerecht gestalten.

Der rote Brief gibt dir die Möglichkeit,
solidarisch zu leben - sei bereit.
Entscheide dich für die christliche Kraft,
für Freiheit und Gerechtigkeit.
Mit einem Kreuz bist Du aktiv dabei,
mach' einfach Schluss mit der Plündererei!

Text / Musik: *Donatus V. Weinert*

Arm im Kinderland?

Das Bildungspaket ist gut gemeint aber nicht gut gemacht. Im "Kinderland Baden-Württemberg" geht es nicht allen gut: Mehr als jedes zehnte Kind in Baden-Württemberg wächst in Armut auf. Das Bildungspaket der Bundesregierung soll die Chancen von benachteiligten Kindern im Schul- und Bildungssystem verbessern. 'Das ist nicht genug', findet der Landesfamilienrat und schlägt dem Land vor der Wahl umfangreiche Maßnahmen zur Förderung benachteiligter Kinder vor.

Pressemitteilung 24.02.2011
Landesfamilienrat BW

Japan

Die Vereinigte Kirche Jesu Christi in Japan (Kyodan) hat ungefähr 200.000 Mitglieder in 1700 Gemeinden. Davon liegen vier Kirchenbezirke im Katastrophengebiet.

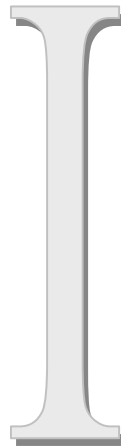
Aus der Zentrale der Vereinigten Kirche Christi in Japan erreichte uns folgende Nachricht über unser gemeinschaftliches Missionswerk, das ems:

„Die Vereinigte Kirche Christi in Japan hat ein Komitee für Nothilfe eingerichtet. Die Aufgabe ist nun, herauszufinden, was mit den Gemeinden geschehen ist, die Trauernden und Geschockten zu trösten, sie zu besuchen und Hilfe zu planen. Unser Kirchenpräsident Moderator Ishibashi, und drei Mitglieder der Kirchenleitung (Rev. Fujimori, Rev. Morita und Rev. Kato) haben sich am Sonntag auf den Weg nach Norden gemacht und sind am Abend in Sendai eingetroffen. Sie haben die Rikuzen Furukawa Church im Norden von Sendai besuchen können. Nun versuchen sie, trotz der Benzin Rationierung weiter nach Norden vorzudringen.

Die Pfarrerinnen und Pfarrer scheinen überlebt zu haben, aber es gelingt uns nicht Kontakt zu einigen Gemeinden im Regierungsbezirk von Iwate zu bekommen.

Im Hokkaido Bezirk wurde die Horoizumi Kirche vollkommen überflutet, Gemeindeglieder aus Urakawa sind erkrankt. Von ungefähr einem Drittel der Kirchen und Gemeinden in diesem Bezirk konnten wir keine Nachrichten bekommen.

Dann werden die zum Teil schweren Schäden im Kirchenbezirk Tohoku in den Regierungsbezirken Miyagi, Fukushima und Yamagata beschrieben an acht Kirchengebäuden und einem Kindergarten.



Im Kirchenbezirk Kanto Kyoku wurden zehn Kirchen zum Teil schwer durch das Erdbeben und die Flut getroffen, sowie zwei Kindergärten.

Es ist schwierig in diesen zerstörten Küstengebieten an Informationen zu kommen. Herzlich danken wir für Eure Gebete und Unterstützung.

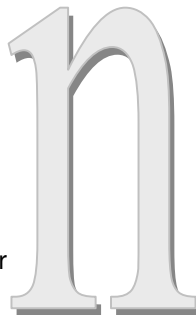
Aufrichtigen Herzens grüßt euch
Teruki Takada

Aus der Ökumenekommission der United Church of Christ in Japan

1. Mai 2011

Faire Löhne, gute Arbeit, soziale Sicherheit fordert der DGB mit dem diesjährigen Mai - Motto: "Das ist das Mindeste". Es finden unter Mitwirkung der ean und KAB Gottesdienste in Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Offenburg, Freiburg und Singen statt. Der KDA hat eine Arbeitshilfe zum 1. Mai unter dem Titel herausgebracht: Es bleibt dabei - der Sonntag ist frei!

Siegfried Aulich

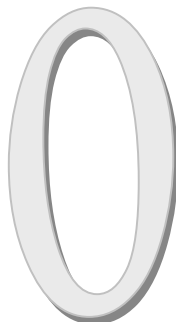


NICHT NACHLASSEN! BÜNDNIS „KÖPFE GEGEN KOPFPAUSCHALE“ SETZT UNTERSCHRIFTEN-AKTION FORT.

Das vom Deutschen Gewerkschaftsbund ins Leben gerufene Bündnis „Köpfe gegen Kopfpauschale“ setzt seine Informationskampagne gegen die von der Koalition beschlossene Gesundheitsreform fort. Das Bündnis konnte mit dazu beitragen, dass die Kopfpauschale die 70 Mio. Versicherten nicht sofort zum 1.1.2011 getroffen hat.

Dennoch hat die Bundesregierung beschlossen, dass die Versicherten künftig alle Kostensteigerungen in der Gesetzlichen Krankenversicherung allein und in Form von Kopfpauschalen bezahlen sollen. Es bleibt aber noch Zeit, dies zu vermeiden. Unser Ziel ist es, die Kopfpauschale zu kippen, bevor sie uns trifft.

Bündnis gegen Kopfpauschale



Leserbrief zum Thema Energiesicherheit in Deutschland!

Mit dezentraler Energieversorgung aus der Energie-Krise!

Von der Politik und den großen Energieversorgern werden uns wiederholt Horrorszenarien über die zukünftigen Kosten der Energieversorgung aufgezeigt. Hunderte von Milliarden Euro seien notwendig um die Energieversorgung in Deutschland zu sichern.

Gigantische Windparks in Nord- und Ostsee sind geplant und zum Teil schon im Bau. Ebenso die Planungen für riesige Solaranlagen in Nordafrika für über 400 Milliarden von der Firma Desertec; einer Tochter großer deutscher Industrieunternehmen. Herr Oettinger, Energie-Kommissar der EU, bereitet die Bevölkerung auf weiter steigende Kosten vor, da der Strom von Nord- und Ostsee mit neuen Überlandleitungen quer durch die Republik in den Süden fließen soll. Auch hier sind viele Milliarden Euro notwendig.

Bezahlen werden diese Beträge in erster Linie die Steuerzahler und Verbraucher. Die großen Stromkonzerne beteiligen sich nur geringfügig mit eigenem Geld, obwohl sie in den vergangenen Jahren gigantische Profite eingefahren haben und im Geld schwimmen. Schauen Sie dazu auch unter Google z.B.: **EU-Subventionen für Stromkonzerne, Prof. Leprich Kurzstudie EVU-Gewinne.**

Mit diesen Planungen, welche scheinbar politisch gewollt sind, wird die allmächtige Vorherrschaft der Stromkonzerne und die Ausbeutung der Verbraucher für die nächsten Jahrzehnte fest zementiert. Die Novellierung des Atomgesetzes geht in die gleiche Richtung. Die Zeche zahlt der Steuerzahler und Verbraucher. **(Google: Atomstrom kostet Bundesbürger 304 Milliarden Euro)**

Die Einführung der Gesetze wie – EEG – Erneuerbare Energien Gesetz oder KWK – Kraftwärmekopplungsgesetz verkommen dagegen fast zu einer Farce. Mit einer konsequenten

Umsetzung dieser Gesetze könnte in Deutschland allein durch die Nutzung der Kraftwärmekopplung ca. 55% der benötigten Energie sehr viel effizienter in dezentralen Anlagen produziert werden. Die restlichen 45% können durch Sonne, Wind, Wasser und Biomasse abgedeckt werden. Schauen Sie sich hierzu den Bericht vom **ZDF Frontal21** vom Juli 2008 an bei Google: **Kraftwärmekopplung tv 20080415** und „**Die 4. Revolution**“ ein Film von Carl F. Fechner über Energie-Autonomie bzw. Freie Energie für Alle!

Ein Nachteil wäre allerdings in Kauf zu nehmen. Die Vorherrschaft der großen Energiekonzerne wäre zu Ende. Viele kleine und kleinste Energieerzeuger könnten mit den KWK - Anlagen nicht nur Wärme sondern auch Strom produzieren und ins Netz einspeisen. Stadtwerke und Kommunen würden einen wirtschaftlichen Aufschwung erleben, da sie zusätzliche Einnahmen aus der Energie verbuchen bzw. Kosten sparen könnten. Auch viele Bürger könnten zum Energieerzeuger werden und eine neue finanzielle Freiheit erleben. Eine bundesweite, dezentrale Energieversorgung führt zu mehr Versorgungssicherheit mit Wärme und Strom, schont die Ressourcen an fossilen Energieträgern und bringt Wohlstand für breite Schichten in der Bevölkerung. Außerdem wären wir auf dem richtigen Weg die Klimaschutzziele zu erreichen.

Walter Jilg
Bruchsaler str. 14
76356 Weingarten

Wir bieten an:

Bitte fordern Sie die Programme bei unserer Geschäftsstelle – ean, Postfach 2269,
76010 Karlsruhe – Telefon 0721/9175-364, Mail: annette.klein@ekiba.de – an.
Zu unseren Veranstaltungen sind Sie herzlich eingeladen. Unsere Angebote sind offen für alle.

Besondere Veranstaltungen / Tagungen und Seminare

Mai 2011

01.05.11 Mai Gottesdienste

Juni 2011

16.06.11 21. ean Fahrradtour
bis Meppen / Emsland
22.06.11 Ltg. Friedhelm Tschertter

August 2011

01.08.11 ean Familienfreizeit in
bis Neunkirchen/Saarland
06.08.11 Ltg. Pfrin. Barbara Kündiger

Oktober 2011

21.10.11 ean Landestagung mit Wahlen
bis in Bad Herrenalb
23.10.11

31.10.11 ean Seniorentagung
bis in Bad Herrenalb
03.11.11 Ltg. Hella Reinecke

November 2011

13.11.11 Südbadische Sozialtage
bis
28.11.11

Dezember 2011

02.12.11 Adventstagung
bis in St. Bernhard, Rastatt
04.12.11

Januar 2012

27.01.12 Familientagung in Liebfrauenberg,
bis Goersdorf Elsaß
29.01.12

Februar 2012

17.02.12 ean Tagung
bis
19.02.12 In Kooperation mit ean Kraichtal

März 2012

17.03.12 Arbeitertag in Rastatt

Juni 2012

02.06.12 22. ean Radtour
bis auf der Insel Rügen
09.06.12

Veranstaltungen ean Freiburg!

Infos bei:

Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt/
Evangelische Arbeitnehmerschaft e.V.

Für weitere Informationen zur ean-Freiburg:

Maienstr. 2, 79102 Freiburg

Tel.: 0761 - 888 51 888

Fax: 0761 - 888 51 889

E-Mail: kda.suedbaden@ekiba.de

Roland Reihs

Zähringer Str. 13

79211 Denzlingen

Tel.: 07666 – 2506

Hanna Reiner

Hermannstr. 13

79098 Freiburg

Tel.: 0761 – 272010

Die ean-Gruppe Freiburg trifft sich jeden 3. Dienstag im Monat um 18.00 Uhr zu einem „Stammtisch“ in einem Gasthaus in Freiburg. Wer kommen möchte, möge bitte bei Hanna Reiner oder Roland Reihs telefonisch nachfragen, in welchem Gasthaus der nächste Stammtisch stattfindet. Es besteht die Gelegenheit zum Austausch aktueller Themen, evt. auch mit einem Impulsreferat.

Veranstaltungen ean Bodensee

Es findet in der Regel monatlich ein Solidaritätsforum statt

ean e.V. Bodensee, Joachim Schulz Pfr. i. R., Hirschweg 12, 78476 Allensbach

Tel.. 07533-935349

Fax: 07533-935378/79

Jahresprogramm 2012 ist in Bearbeitung!

Änderungen vorbehalten!

IMPRESSUM

Evang. Arbeitnehmerschaft im Bereich der Evang. Landeskirche in Baden, Blumenstraße 1-7,
76133 Karlsruhe, Telefon: 0721/9175-366/364, Fax: 0721/9175-25-364, Mail: ean@ekiba.de

Mitarbeiter der Redaktion:

Siegfried Aulich, Annette Klein, Wilhelm Rojek, Gabriele Vetter

Für die namentlich gekennzeichneten Berichte sind die Verfasser verantwortlich

Nächster Redaktionsschluss: 23.06.2011

Bitte senden Sie ihre Berichte, Vorschläge, Leserbriefe möglichst formatiert per Mail oder Fax an
Annette Klein, Mail: annette.klein@ekiba.de, www.ean-baden.de